

Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

**Stadtverwaltung
Der Oberbürgermeister**

Herr Rumberg
0351 6476-154
obm@freital.de

Offener Brief: Für Frieden in Europa, gegen jeden Krieg

Freital, 01.02.2023

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Scholz,

Dienstgebäude:
Dresdner Straße 56 · 01705 Freital
Raum: 102

der Oberbürgermeister der Großen Kreisstadt Freital sowie die hier unterzeichnenden Stadträte erklären hiermit, dass sie gegen jede Waffenlieferung aus deutscher Produktion oder von deutschem Boden an die Ukraine und weitere Krisengebiete sind.

Öffnungszeiten:
Mo. und Fr. 8 bis 12 Uhr
Di. und Do. 8 bis 12 Uhr 14-18 Uhr
Mi. geschlossen
Telefonische Absprache wird empfohlen.

Ende Januar 2023 haben Sie gemeinsam mit der Bundesregierung entschieden, Leopard-Kampfpanzer an die Ukraine zu liefern. Sie geben damit der Forderung des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj zur Bereitstellung von schweren Angriffswaffen nach. Bereits in den vergangenen Monaten haben Sie und die Bundesregierung sich schrittweise erweichen lassen, nach Helmen und einfachem Kriegsgerät bzw. kriegstauglichem Gerät auch Verteidigungswaffen zu liefern. Mit der Entscheidung für Kampfpanzer wird nun erneut eine rote Linie überschritten. Dem Vernehmen nach stehen bereits die Forderungen zur Lieferung von Kampfjets zur Debatte.

Bankverbindungen:
Name des Empfängers:
Stadtverwaltung Freital
Gläubiger-ID: DE05FTL00000008027

Ostsächsische Sparkasse Dresden
IBAN: DE72 8505 0300 3021 0001 76
BIC: OSDDDE81XXX

Deutsche Kreditbank AG
IBAN: DE96 1203 0000 0001 2009 14
BIC: BYLADEM1001

Mit der Lieferung von Leopard-2-Panzern erreicht der Ukrainekrieg aus unserer Sicht für Deutschland eine neue, noch gefährlichere Dimension. Aus unserer leidvollen Geschichte sollten wir so viel Lehren gezogen haben und so viel Wissen besitzen, dass diese Entscheidungen und Handlungen keinen Frieden, sondern nur unsägliches zusätzliches Leid schaffen. Auch bringt sich Deutschland damit in die verhängnisvolle Situation, als Kriegspartei deklariert zu werden. Die Eskalationsspirale dreht sich immer weiter.

Wir sind nicht willens, als ein Teil der deutschen Bevölkerung in einen dritten Weltkrieg hineingezogen oder an kriegerischen Handlungen in jeglicher Form indirekt oder direkt beteiligt zu werden. Bereits jetzt sind für viele Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen nicht hinnehmbare Folgen entstanden sowie gesellschaftliche Folgen spürbar, beispielsweise im Verhältnis zu russlandstämmigen Mitbürgerinnen und Mitbürgern.



Jegliche kriegerischen Handlungen verurteilen wir auf Schärfste. Entgegen der öffentlich kolportierten Überzeugung von politischen Verantwortungsträgern sind wir der Auffassung, dass sich auch dieser Krieg nicht mit Waffen, sondern nur mit diplomatischen Mitteln lösen lässt. Gerade Deutschland könnte hierbei eine Schlüsselrolle zukommen.

Wir fordern Sie auf, Ihre Haltung nochmals kritisch zu überdenken und einen sofortigen Lieferstopp auszusprechen. Ihre bislang zögerliche Haltung zu Waffenlieferungen haben wir hoffnungsvoll aufgenommen, mit dieser Entscheidung zu Angriffswaffen-Lieferungen haben Sie das Vertrauen nicht nur der Unterzeichner dieser Erklärung jedoch schwer erschüttert.

Als souveräner Staat muss Deutschland, muss die Bundesregierung und müssen Sie als Kanzler souveräne Entscheidungen zum Wohle des deutschen Volkes treffen. Dies wird aus unserer Sicht hier zugunsten Interessen Dritter fahrlässig versäumt und aufgegeben. Einen eindeutigen Auftrag an die Regierung für Waffenlieferungen und zur Unterstützung kriegerischer Handlungen von einer Mehrheit der Bevölkerung können wir nicht erkennen.

Mit friedlichen Grüßen

Uwe Rumberg

Oberbürgermeister

Anlage

Unterschriftenliste Stadtrat

